

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. monatlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Kosten und unter Umständen auch die Kosten der Zustellung sind zu zahlen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung des Zeitungs- oder Zeitungsdienstes. — Rücksendung eingehender Briefe erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Angelagerungspreis: Die 3-spaltige Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 1-spaltige Raumzeile im ersten Teil 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Wochensprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Nichterfüllung der Angelegenheiten werden nach Möglichkeit keine Ansprüche geltend gemacht. Jeder Abbestellungsanspruch erlischt, wenn der Betrag durch die eingezogenen Gebühren überdeckt wird. Angelagerungspreise sind in Konkurrenz gerät. Angelagerungspreise sind in Konkurrenz gerät.

Nr. 195 — 83. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Wilsdruff“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Donnerstag, 21. August 1924

## Falsche Taktik.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Im Mittelpunkt des Interesses steht jetzt überall die Frage, wie der Reichstag sich gegenüber den Beschlüssen der Londoner Konferenz verhalten wird. Es ist natürlich, daß darüber in der Presse ein bestiger Kampf tobt. Man kann es verstehen, wenn von Regierungsseite alles darangesetzt wird, um die nötige Stimmung zu erzeugen. Unsere Delegation, als der Exponent der Reichsregierung, hat sich in London dafür eingesetzt, alles aufzuwenden, um die Annahme im Reichstage durchzuführen. Man hat dabei sogar nicht vor dem schweren Geschütz der Drohung einer Reichstagsauflösung haltgemacht. Natürlich möchte man sie vermeiden, da ja dadurch nur der Zeitpunkt der Inkraftsetzung des Dawes-Gutachtens verschoben würde.

Benignstenfalls für einen Teil der notwendigen Gesetze ist Zweidrittelmehrheit im Reichstage zur Annahme notwendig. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Anspannung aller Kräfte nötig. Man muß deshalb bis tief in die Reihen der Opposition hineingreifen, um die nötige Stimmenzahl zu erreichen. Was das bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichstages bedeutet, liegt auf der Hand. Bei Lage der Dinge ist es jedenfalls unsicher, ob sich bei einer etwaigen Reichstagsauflösung das Bild wesentlich ändern würde. Der Londoner Pakt kam ja auch nur als Kompromiß zustande. Ähnliches ist auch im Reichstage nur zu erreichen. Man muß deshalb alles vermeiden, was diejenigen Teile der Opposition, die möglicherweise zu dem Schluß neigen, daß ein Sperling in der Hand besser als eine Taube auf dem Dache ist, vor den Kopf stoßen könnte. Aber was sehen wir vielfach in den Spalten der Presse, die sich für das Gutachten einsetzen? Sie richten ihre Pfeile nach rechts und überschießen ganz besonders die Deutschnationalen mit Spott und Hohn. Man vergißt dabei, daß auch in den Reihen der deutschen Volkspartei sich viele Elemente befinden, die genau so wie die Deutschnationalen empfinden und die nur durch die Parteidisziplin bisher von einer Fahnenflucht ferngehalten werden. Diese falsche Taktik hat zur Folge, daß Gleiches mit Gleichem vergolten wird und eine allgemeine Verärgerung Platz greift, die schließlich zu dem Gegenteil von dem führt, was man erreichen möchte. Der Parteienkampf wie der innere Haß haben uns während und nach dem Kriege schwer geschadet. Davon sollte man jetzt ablassen, wo die ganze Kraft der Nation zum Wiederaufbau eingesetzt werden muß.

Daß das Verlangen der Deutschnationalen, wenigstens eine schnelle Räumung des Ruhrgebietes zu erzielen, nicht so ganz ungerechtfertigt war, dafür ist der beste Zeuge Herr Macdonald. Wie jetzt bekannt wird, hat er nach der erfolgten Einigung in der Ruhrfrage sowohl an Herriot wie an Lhéry einen Brief geschrieben, der alle die Bedenken unterstreicht, die man auch in deutschen rechtsstehenden Kreisen gegenüber einer weiteren Besetzung des Ruhrgebietes hat. Der britische Premier hebt dabei ausdrücklich hervor, daß die britische Regierung niemals die Rechtmäßigkeit dieses französisch-belgischen Schrittes anerkannt hat, daß sie vielmehr hofft, daß eine möglichst schnelle Räumung erfolgt. Hervorgehoben wird dabei dann noch ausdrücklich, wie sehr dadurch eine Auswirkung des Dawes-Planes verhindert wird und die in London getroffenen Vereinbarungen dadurch gefährdet werden müßten.

Auf deutschnationaler Seite wird man sich natürlich auf dieses Schreiben bei den kommenden Reichstagsverhandlungen berufen. Man wird verlangen, daß die Regierung noch alle Kraft anwendet, um eine schnellere Befreiung zu erzielen. Herr Herriot hat ja inzwischen durch die Räumung Osnabrücks und Appenweiers seinen guten Willen gezeigt. Es liegen auch Anzeichen vor, daß er von sich aus gewillt ist, die genannte Frist von einem Jahre zu verkürzen. Man wird es aber bei uns niemandem verzeihen, wenn er in Beurteilung dieser Dinge angesichts der bisherigen Haltung der Franzosen etwas skeptisch ist und weitgehende Garantien verlangt. Da handeln diejenigen, die sich für den Dawes-Plan ins Zeug legen, wahrscheinlich vorsorglicher, wenn sie in dieser Richtung die gleiche Haltung einnehmen. Dies würde im Auslande und hauptsächlich in Frankreich einen besseren Eindruck machen als die falsche Taktik der inneren Zerfleischung, die außerdem unseren Gegnern bei einem etwaigen Weiterden Vorwand gibt, die Schuld daran von sich abzuwälzen und uns aufzubürden. Diese falsche Taktik verschiebt außerdem das ganze Bild, indem sie den Blick von dem eigentlichen Hauptmoment, der Staretsky-Frage Frankreichs, ablenkt und ihn auf den inneren deutschen Streit richtet.

## Verlängerung des deutsch-italienischen Handelsvertrages.

Rom, 20. August. Der als modus vivendi bestehende deutsch-italienische provisorische Handelsvertrag, der am 28. August 1921 abgeschlossen und am 28. d. M. ablaufen würde, ist bis zum 1. Mai 1925 verlängert worden.

## Letzte Frist 30. August.

### Der Londoner Vertrag bei Nichtunterzeichnung hinfällig.

Berlin, 19. August.

In einer amtlichen Erklärung weist die Reichsregierung darauf hin, daß bei Nichtunterzeichnung des Londoner Abkommens bis zum 30. August der Londoner Vertrag hinfällig wird und alle Beteiligten wieder freie Hand gewinnen. Die Erklärung lautet:

In der Presse wird die Auffassung verbreitet, daß sich die in London vereinbarten Fristen automatisch hinausziehen würden, wenn bis zum 30. August die für die Unterzeichnung der Londoner Abmachungen erforderlichen Voraussetzungen noch nicht erfüllt wären. Diese Auffassung ist irrig und findet in den in London getroffenen Abmachungen keine Begründung. Wenn bis zum 30. August der deutsche Reichstag durch Verabschiedung der sogenannten drei Gutachtengesetze die Möglichkeit der Unterzeichnung der Londoner Abmachungen durch die Deutsche Regierung nicht gegeben hat, sind die in London gefaßten Beschlüsse hinfällig und alle Beteiligten haben wieder freie Hand. Hinfällig werden damit auch die von den Ministerpräsidenten Frankreichs und Belgiens gegebenen Zusagen für die Räumung der Zone Dortmund, S. 6 und der anderen aus Anlaß der Ruhrprotektion besetzten Sanktionsgebiete.

Zwischen dieser Fristbestimmung und der angeblichen Absicht der Regierung, bei Versagen des jetzigen Reichstages durch Neuwahlen einen willfährigen heranzuziehen, scheint ein Widerspruch zu bestehen. Ist der Vertrag am 30. August hinfällig, könnte ein neuer Reichstag ihn auch nicht genehmigen, da vor dem 30. August doch keine Neuwahlen möglich sind. Es soll also wohl gesagt werden, daß bei Ablehnung des jetzigen Reichstages vollständig neue Verhandlungen in London beginnen müßten und erst nach deren Abschluß ein neu gewählter Reichstag abermals befragt werden könnte, falls eine Einigung zustande käme. Auf einen solchen Sachverhalt deutet auch eine weitere amtliche Mitteilung hin, die sich mit dem durch das Neudruckbüro verbreiteten Gerücht von einem Plan zur Verschiebung der Konferenz um 2 bis 3 Wochen befaßt. Der deutsche Reichskanzler habe Herrn Macdonald ausdrücklich über diese Absicht befragt, worauf dieser erklärte, er habe nie über eine Verlagerung von 2 bis 3 Wochen gesprochen, sondern nur geäußert, im Falle des Nichterfolges der Konferenz könne frühestens im Oktober an ein Wiederzusammentreten, also an eine neue Konferenz, gedacht werden, falls es überhaupt gelinge, sie zusammenzubringen.

### Konferenz der Landesoberhäupter.

Das Reichskabinett genehmigte in seiner heutigen Sitzung bereits zwei der Gesetzentwürfe zur Ausführung des Dawes-Gutachtens, und zwar die Gesetzentwürfe über die Privatnotenbank und die Aufhebung der Industriebelastung. Außerdem wurde der Entwurf zum deutsch-spanischen Handelsabkommen zustimmend verabschiedet. Am Anschluß an die Kabinettskammer begann die

Konferenz der Reichsregierung mit den Oberhäuptern oder Ministerpräsidenten der Länder, die ohne Ausnahme erschienen waren. Der Reichskanzler sowie die Minister Dr. Stresemann und Dr. Luther referierten über die Londoner Verhandlungen. Die Besprechungen waren bei Eintritt der Abendstunden noch nicht beendet. Man rechnet mit einem zustimmenden Entschluß der Ländervertreter zu den Londoner Abmachungen.

### Reichstag voraussichtlich Freitag.

Berlin, 19. August.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages tritt morgen früh zusammen. Er wird seine Beratungen wahrscheinlich auch am Donnerstag noch fortsetzen, so daß der Reichstag selbst sich am Freitag mit den Londoner Abmachungen befassen wird. Der Aussenrat berät morgen über Termin und Tagesordnung.

Die Besprechung der Reichsregierung mit den Parteiführern dauerte bis in die letzte Nacht hinein. Gestern nachmittag wurde zunächst mit den Führern der Koalitionsparteien verhandelt. Danach erschienen die Sozialdemokraten und schließlich für die Deutschnationalen die Abg. Hergt, Dr. Hoersch und Dr. Steiniger. Alle Abordnungen verzichteten auf formelle Erklärungen. Jedoch heißt es, daß die Koalitionsparteien den Londoner Vereinbarungen bereits zugestimmt hätten. Bayerische Volkspartei und Wirtschaftliche Vereinigung machen ihre Entscheidung von den Besprechungen innerhalb der Parteien abhängig; trotzdem sollen sie sich dem Standpunkt der Koalitionsparteien nähern. Die Sozialdemokraten wollen dem Abkommen zustimmen mit einigen Bedingungen für die Verteilung der Lasten im Innern. Die Deutschnationalen lehnten eine Erklärung einstweilen ab und machen die endgültige Beschlußfassung von einer am Donnerstag stattfindenden Fraktionsstimmung abhängig. Andere verbreitete Nachrichten, wie von der Freigabe der Abstimmung im Reichstage für die Parteimitglieder, werden als unrichtig bezeichnet. Ob die Gerüchte über Reichstagsauflösung bei Ablehnung des Abkommens oder Volkseinstellung, welche beiden Pläne bei der Regierung erwogen werden sollen, richtig sind, läßt sich zur Stunde nicht bestimmen sagen.

### Die Industriebelastung.

Das im Reichskabinett angenommene Gesetz für die Aufhebung der Industriebelastung mit fünf Milliarden Goldmark nach dem Dawes-Gutachten sieht die Befreiung der gesamten Industrie von der Rentenmarkbelastung vor. Die Deckung der Rentenbank, die ja nach dem Gutachten sowieso in Liquidation geht, wird für die noch bevorstehende Übergangszeit allein von der Landwirtschaft übernommen. Es ist dies möglich, da die Veranschlagung der Landwirtschaft einen höheren Anteil der Deckung ergeben hat, als ursprünglich angenommen wurde, und der eintretende Ausfall durch die jetzt möglich gewordene Einbeziehung der Landwirtschaft des besetzten Gebietes wieder wettgemacht wird.

## Belgische Entrüstung über Macdonalds Brief.

### Eine belgische Note gegen Macdonald.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Paris, 20. August. Das „Journal des Debats“ meldet aus Brüssel, daß man dort mit Erstaunen von dem Briefe Macdonalds Kenntnis genommen habe. Man weiß, so heißt es in dieser Meldung, daß Macdonald sich schon früher zum Anwalt Deutschlands aufgestellt hat, aber diesmal hat er jegliches Maß überschritten. Der Standpunkt der belgischen Regierung ist in einer Dienstagabend veröffentlichten Note wiedergegeben worden, die das Ansehen Macdonalds zurückweist. Die Note schließt: „Macdonald hat für England gesprochen und nicht für uns.“

### Noch eine Antwort Herriots?

Paris, 20. August. Zwischen Paris und Brüssel hat ein lebhafter Meinungsaustrausch über den Macdonald-Brief stattgefunden, namentlich über eine etwaige Beantwortung des Briefes. Es kann bereits vorausgesetzt werden, daß Herriot umgehend und zwar noch vor der Kammerdebatte Macdonald antworten wird. Die Antwort wird bestimmt ablehnend sein, wobei ausdrücklich auf die Londoner Beschlüsse selbst hingewiesen werden wird.

### Youngs Heimkehr.

New York, 20. August. Owen Young kehrt am Mittwoch nach America zurück. Er will den Posten des Reparationsagenten nur annehmen, wenn er dauernd ist.

### Auslegung der Anleihe schon in den nächsten Wochen

New York, 20. August. Nach einer Information, die der Korrespondent von einer amerikanischen Finanzautorität erhielt, sind die hauptsächlichsten Einzelheiten über die Anleihe an Deutschland bereits festgelegt. Der Zinsfuß wird 7 oder 7,5 v. H. betragen, der Emissionskurs 93 oder 95. Es sollen nicht weniger als hundert Millionen Dollar, wahrscheinlich jedoch 120 Millionen von der gesamten Anleihe in den Vereinigten Staaten aufgelegt werden. Die Anleihe soll bereits in den nächsten Wochen aufgelegt werden.

### Die fehlenden Sicherheiten.

London, 20. August. Die „Financial Times“ beschäftigt sich an leitender Stelle mit der Stellung der Bankwelt in bezug auf die europäische Politik und meint, daß die Intervention der Bankwelt hinsichtlich der deutschen Anleihe große Ueberraschung, aber auch große Bewunderung ausgelöst habe. Zum Schluß heißt es in erneuter Betonung des alten Standpunktes: In Ermangelung ausreichender Sicherheiten für die Reparationsanleihe kann kein Bankier, der seinen guten Ruf achtet, eine Möglichkeit haben, das Publikum zur Unterstützung der Anleihe aufzufordern, denn er könnte sich eines Tages in der Lage eines Mannes befinden, der eine Anleihe unterzubringen hat, deren Rückzahlungsansprüche nicht vorhanden sind.